



---

---

## **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**

### **5. Sitzung (öffentlich)**

8. Dezember 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

Protokollerstellung: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Aktuelle Viertelstunde**

1

Thema: „**Buhlen die Hochschulen um Geld für Sanierung?**“  
auf Antrag der Fraktion der SPD

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) nimmt Stellung.

#### **2 Aktuelle Viertelstunde**

3

Thema: „**Was versteht Minister Pinkwart unter ‚Hochschulfreiheit‘?**“

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) nimmt Stellung.

Seite

**3 Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen (HFGG) 6**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/725

Der Ausschuss beschließt, am 26. Januar 2006 eine Anhörung durchzuführen.

**4 Den Bologna-Prozess für NRW weiter erfolgreich gestalten 6**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/468

Der Ausschuss vereinbart, eine Anhörung durchzuführen. Der Termin für die Anhörung soll noch festgelegt werden.

**5 Chancengleichheit muss Ziel bleiben! ZVS nicht abschaffen, sondern mit der Kompetenz aus NRW den Hochschulzugang gestalten 7**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/14  
Stellungnahmen 14/1, 14/2, 14/3, 14/4  
APr 14/65

In Verbindung damit:

**Chancengerechtigkeit und Qualität sicherstellen – Hochschulauswahlverfahren evaluieren**

Entschließungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/829

Der Ausschuss diskutiert über die Ergebnisse der Anhörung vom 3. November 2005.

**6 Nationale Exzellenzinitiative - eine neue Chance für den Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen** 10

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/213

In Verbindung damit:

**Der Pakt für Forschung braucht Planungssicherheit**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/246

Der Ausschuss hält an der Absicht fest, einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen zu formulieren.

**7 Deutsche Automobilindustrie: Endlich auf kraftstoffsparende Technologien setzen und so die eigene Innovationsfähigkeit sichern** 11

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/284

Der Ausschuss kommt überein, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 1 der SPD-Fraktion - Drucksache 14/696 - abzuwarten und das Thema dann wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

**8 Profilbildung fortführen - Hochschulstandorte sichern** 11

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/581 (Neudruck)

Der Ausschuss vereinbart, die Beratung zu verschieben, bis der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss sein Votum abgegeben hat.

- 9 Lernen braucht Bewegung. In der guten und gesunden Schule brauchen Lehrerinnen und Lehrer Kompetenzen für die Förderung des Lernens durch Sport!** 11
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/715
- Der Ausschuss gibt kein Votum ab.
- 10 Auswirkungen der Föderalismusreform und des Berliner Koalitionsvertrages auf Nordrhein-Westfalen** 13
- Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) berichtet.
- 11 Zukunft des Wissenschaftsstandortes Bonn** 16
- Auch zu diesem Punkt hört der Ausschuss einen Bericht von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT).
- 12 Pläne der Landesregierung zur Privatisierung der Universitätsklinika** 18
- Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) berichtet.
- 13 Anmeldung zum 35. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFVG)** 22
- Vorlage 14/144
- Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Diskussion zur Kenntnis.
- 14 Verschiedenes** 22
- siehe Diskussionsteil

kultät handele, oder ob er den Hochschulen auch zugestehe, dass sie im Rahmen ihrer hochschulpolitischen Auseinandersetzung über rechtliche Argumente hinausgingen und das auch ein Wesenselement von Beschlüssen von Fachbereichen sei.

**Christian Lindner (FDP)** meint, wenn in diesem Ausschuss schon Motivforschung betrieben werde, müsse es auch gestattet sein, nach den Motiven von Frau Nelles zu fragen, wenn sie sich in der Form öffentlich einlasse. Sie habe ja keine wissenschaftlich fundierte Stellungnahme abgegeben, sondern sie habe sich in einer so polemischen Art und Weise geäußert, dass man sich schon fragen müsse, ob sie den Gesetzentwurf überhaupt zur Kenntnis genommen habe. Sie habe sich in einer Weise geäußert, wie er das von einer Rechtswissenschaftlerin eigentlich nicht erwartet hätte.

Es müsse doch zur Kenntnis genommen werden, dass hier eben nicht im Medium einer Anhörung eines formalisierten Verfahrens eine Auseinandersetzung erfolgt sei. Darum gehe es ja nicht. Eine Persönlichkeit, jetzt Rektorin, habe im öffentlichen Raum Kritik an der Landesregierung geäußert. Über eine fachliche Bewertung des Gesetzentwurfs hinaus habe sie Einschätzungen geäußert und möglicherweise auch Tatsachen behauptet. Dass das dann auch im öffentlichen Raum korrigiert werde, gehöre zur Freiheit des Diskurses dazu. Den Lesern dieser Medien habe das sicher auch dabei geholfen, sich in Kenntnis beider Seiten eine fundierte Meinung über das Gesetzesvorhaben zu bilden.

Der **Minister** betont, er habe den Zeitpunkt der Veröffentlichung in der „Rheinischen Post“ ja nicht beeinflusst. Diesen Zeitpunkt habe die andere Seite so vorgegeben. Er habe das bloß so vorgefunden. Darauf habe er dann allerdings umgehend reagiert.

### **3 Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen (HFGG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/725

Der **Ausschuss** beschließt, am 26. Januar 2006 eine Anhörung durchzuführen.

### **4 Den Bologna-Prozess für NRW weiter erfolgreich gestalten**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/468

Der **Ausschuss** vereinbart, eine Anhörung durchzuführen. Der Termin für die Anhörung soll noch festgelegt werden.

